

Wir haben gerade den 75. Jahrestag der Landung der alliierten Truppen in der Normandie gefeiert, die die Niederlage des Dritten Reiches und das Ende des Zweiten Weltkriegs angekündigt. Sie kündigte auch die Rückkehr des Friedens in Europa an, von dem wir seit fast ¾ Jahrhundert profitieren. Wie der Name schon sagt, war diesem Zweiten Weltkrieg 20 Jahre zuvor ein Erster vorausgegangen, verursacht durch den Aufstieg des Nationalismus in Europa, auch "Großer Krieg" genannt, da er so viele Opfer forderte (allein auf militärischer Ebene 10 Millionen Tote).

War das Ende der Feindseligkeiten durch einen Waffenstillstand gekennzeichnet, der am 11. November 1918 unterzeichnet wurde, so war es der sogenannte "Friedensvertrag", der am 28. Juni 1919 in Versailles unterzeichnet wurde, der den Krieg offiziell beendete. Deutschland (das nicht an den Verhandlungen beteiligt war) wurde um 15% seines Territoriums beraubt, vor allem im Osten (zugunsten von Polen und der Tschechoslowakei), aber auch im Westen zugunsten von Frankreich (Übertragung von Elsass-Lothringen) und Belgien.

Tatsächlich erhält Belgien als Ausgleich für den erlittenen Schaden einige territoriale Vorteile:

- die ehemaligen "Kreise" Eupen-Malmedy, einschließlich der Gemeinden des heutigen Kantons St. Vith, die beim Wiener Kongress von 1815 Preußen zugeschrieben wurden.
- das Gebiet von Neutral-Moresnet, das bisher von Belgien und Deutschland gemeinsam verwaltet wurde.
- der Abschnitt der Vennbahn auf deutschem Gebiet.

Konkret bedeutet dies eine Art Rückkehr zu den Wurzeln für jene Gebiete, die vom Mittelalter bis zum Ende des Alten Regimes zusammengelebt hatten:

- der Kanton Malmedy mit dem Kanton Stavelot im ehemaligen Abteifürstentum.
- der Kanton Eupen im ehemaligen Herzogtum Limburg,
- der Kanton Sankt Vith im ehemaligen Herzogtum Luxemburg.

Diese territorialen Veränderungen sind Gegenstand mehrerer Artikel des Vertrags von Versailles (die 31 und 35 sind allgemeiner Natur, die 32 und 33 betreffen Neutral-Moresnet und der 34, Eupen-Malmedy). Letzterer hat insofern eine Besonderheit, als im ersten Satz die Abtretung der beiden Kantone durch Deutschland an Belgien (als vollendete Tatsache) erwähnt wird, während im zweiten Satz die Organisation einer Art Volksbefragung erwähnt wird, die es den Einwohnern ermöglicht, ihren Widerstand gegen diese Änderung und, je nach Ergebnis, den möglichen Verbleib der Kantone in Deutschland zum Ausdruck zu bringen.

Es handelt sich in der Tat um eine Art „Mischung“ von zwei Vorgehensweisen: Was Elsass-Lothringen betrifft, so sieht der Vertrag eine direkte Übertragung nach Frankreich vor, ohne Rücksprache mit der Bevölkerung; Andererseits werden bestimmte Gebiete in Norddeutschland nach einer geheimen Abstimmung Kanton pro Kanton nach Dänemark verlegt. Da Belgien zu der Zeit, als Eupen und Malmedy 1815 Preußen „einverleibt“ wurden nicht existierte, konnte Belgien es die Gebiete nicht ohne eine Art Volksbefragung einfordern.

Da der Ausgang eines Referendums jedoch ungewiss war, gelang es der belgischen Delegation, ihre Modalitäten zu ändern indem sie die Gegner zwang, nach Eupen oder Malmedy zu reisen, um ihre Unterschrift in einem öffentlich zugänglichen Buch zu hinterlegen. Diese „Pseudokonsultation“ (die von der internationalen Presse als „die kleine belgische Farce“ bezeichnet wurde), wurde 1920 von Generalleutnant Herman Baltia organisiert, der Ende Dezember 1919 zum Königlichen Hochkommissar für die Ostkantone ernannt wurde, löste deutsche Proteste aus. Aus Angst vor Vergeltungsmaßnahmen wagten es nur 272 Einwohner der Kantone, sich zu äußern. Das Ergebnis

wurde jedoch vom neu gegründeten Völkerbund bestätigt. Ab 1921 wurden die Ostkantone integraler Bestandteil Belgiens, während die Bevölkerung eingebürgert wurde.

Bei den Wahlen 1929 erhielt die prodeutsche Partei, die ein neues und echtes Referendum forderte, 52% der Stimmen in den Ostkantonen.

Diese turbulente Geschichte Ostbelgiens und das Trauma seiner Bevölkerung, die ohne echten Beitritt belgisch wurde, dann bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs - auch innerhalb der Familien - zwischen zwei Ländern geteilt war und am Ende des Kriegs noch der Kollaboration ausgesetzt wurde, ist bis heute weitgehend unbekannt. Die Feierlichkeiten zum 100. Jahrestag des Friedensvertrags von Versailles stellen daher eine einzigartige Gelegenheit dar, - prioritär für die Bewohner der Region, aber auch weitgreifender - diesen Teil der belgischen Geschichte, der (noch?) nicht in der Schule gelehrt wird, bekannt zu machen, zu verstehen, was gelebt wurde und einen friedvollen Blick darauf werfen zu können.

Um Interesse und Beteiligung zu wecken ist es am besten, auf dem Feld, in der Nähe von zuhause, sichtbare und greifbare Spuren dieser Zeit zu entdecken. Vor mehr als einem Jahr hatte ich die Idee, geführte Wanderungen entlang der ehemaligen B(elgisch)-P(reussischen) Grenzsteine zu organisieren. Nach 1830 aufgestellt um die Grenze zwischen dem brandneuen Belgien und Preußen, das 1870 Deutschland werden sollte, festzulegen, markieren diese Steine nun die Grenze zwischen den Gemeinden:

- Gouvy, Vielsalm, Trois-Ponts, Stavelot, Jalhay, Baelen, Welkenraedt, Bleiberg („altbelgische“ Seite)
- Burg-Reuland, St. Vith, Malmedy, Weismes, Eupen, Lontzen, Kelmis (Ostkantone + Neutral-Moresnet)

(diese Grenzsteine waren vor etwa zwanzig Jahren Gegenstand einer Studie von Jean de Bruyne, dessen Arbeit ich in popularisierter Form in einer Broschüre mit dem Titel "Ehemalige belgisch-preußische Grenzroute", verlegt durch die Tourismusagentur Ostbelgien, herausgebracht hatte).

Dieser Vorschlag löste in Baelen eine begeisterte Reaktion aus, in Person von Nadine Robert, Mitglied des ÖKLE und Moderatorin der Arbeitsgruppe „Wanderwege und Erbgut“. Logischerweise wandte sie sich an Eupen, wo Marc Herff unser Gesprächspartner wurde, als Mitglied beim Rat für Stadtmarketing der Arbeitsgruppe "Wandern", aber auch als Experte auf diesem Gebiet und hochkompetent in der Informatik..., was unerlässlich ist, um diese Art von Projekt von A bis Z zu verwirklichen.

Vor fünf Monaten haben wir die betroffenen Gemeinden zu einer ersten Sitzung eingeladen, an der alle direkt oder über ihre Tourismusbehörden (Fremdenverkehr und/oder Tourismusämter) teilgenommen haben. Nach 5 Sitzungen und intensiver Arbeit mit Beiträgen aller Beteiligten sind wir sehr froh, dass es uns gelungen ist, 15 Gemeinden, die auf zwei Provinzen verteilt und in 2 Sprachgemeinschaften liegen und zudem durch mehr als 100 km von Nord nach Süd getrennt sind, in einem einheitlichen und freundlichen Projekt zusammenzuführen. Wir hoffen, dass viele Bürger aus diesen 15 Gemeinden und darüber hinaus daran teilnehmen werden.

In einer Zeit, in der Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit in Europa und in unserem Land wieder aufblühen, ist dies eine Möglichkeit, daran zu erinnern, wohin all das geführt hat und entschlossen auf eine gemeinsam zu gestaltende Zukunft hinzuarbeiten.